

Volksinitiative "Mussische Bildung jetzt"



Musik- und Kunstschulen fordern mehr Unterstützung

Volksinitiative „Mussische Bildung jetzt“ soll finanzielles Aus verhindern

23.05.2014

Potsdam. „Wenn man keine anderen Möglichkeiten mehr sieht, kann man nur noch eine Volksinitiative gründen.“ Die Verzweiflung ist aus den Worten von Hinrich Enderlein heraus zu hören. Bereits zum vierten Mal greift der Verbandsvorsitzende der Musik- und Kunstschulen in Brandenburg zu diesem aus seiner Sicht letzten Mittel.

Heftige Kritik an der Politik äußerte außerdem der Geschäftsführer des Verbandes, Thomas Falk, der als Sprecher der Volksinitiative vom Landtag ein Umdenken „weg vom Projekt-Denken, hin zu langfristig angelegten Strukturen“ fordert. Hauptproblem sind die explodierenden Schülerzahlen an den Musikschulen. Seit 2000 lernen 40 Prozent mehr Kinder an Brandenburger Musikschulen. Gleichzeitig sind die Personalkosten um 44 Prozent gestiegen. Finanziert wurden die höheren Kosten durch die Träger und durch die Erhöhung der Gebühren.

Deshalb schlägt auch die Vorsitzende der Landeselternvertretung der Musik- und Kunstschulen, Sonja Krischke, Alarm. Sie befürchtet, dass bei einer erneuten Gebührensteigerung, die ohne angemessene Zuschüsse vom Land unausweichlich wäre, viele Eltern ihre Kinder vom Musikunterricht abmelden müssen.

Auch die Kunstschule Potsdam kämpft ums Überleben. Ein erhebliches Loch klafft im Haushalt. Nur dem Fachbereich Kultur der Stadt sei es zu verdanken, dass sie überhaupt noch geöffnet habe, klagte Kunstschulleiter Christoph Knäbich. Bis zum 30. Juni sei die Finanzierung gesichert, was danach kommt, sei ungewiss. „Unsere Arbeit mit Kitas und Schulgruppen steht auf der Kippe“, so Knäbich.

Die Vertreter betonten unisono, dass der breite Zugang für alle nicht mehr gewährleistet sei. Musische Bildung, die für die Entwicklung der Kinder wichtig sei, werde so zu einer elitären Angelegenheit, meinen die Initiatoren. Auch die Politik hat bereits auf die Gründung reagiert. So unterstützen die Fraktionen von CDU und Grünen die Volksinitiative.

Mehr über die Forderungen der Initiatoren und wie diese unterstützt werden können, gibt es [im Internet](#).
RiB

*Besonders der Einzelunterricht an Musikschulen ist wichtig, um Qualität zu gewährleisten. □
Foto: Klemt*

Info:

Ein Kommentar zum Thema

von Richard Bischoff

Subkultur

Die Künstler und Kunstschaffenden in Potsdam sind abgehärtet. Kürzungen und Einsparungen im Kulturbereich sind an der Tagesordnung und kehren unkrautartig immer wieder. Manchmal gewinnt das ungeliebte Wildgewächs die Oberhand und stellt farbenprächtige Blumen in den Schatten - wie am Beispiel der Fête de la Musique geschehen. Nun geht es dem Nachwuchs der kulturellen Bildung an den Kragen.

Den bösen Wolf spielt diesmal die Landesregierung, die roten Kappen haben die Kinder auf, die märkische Musik- und Kunstschulen besuchen, bzw. deren zahlende Eltern. Der Landtag hat Mitte Februar mit Stimmen von SPD und Linke ein neues Musik- und Kunstschulgesetz beschlossen, das zeigt, wie wenig der rot-roten Regierung die musische Bildung von Kindern ohne besserverdienende Eltern wert ist. Dietmar Woidke betonte vor Wochenfrist auf der Bundesversammlung deutscher Musikschulen in Potsdam, die Unterrichtsqualität an Musikschulen sei gesichert. Eine glatte Fehleinschätzung.

Da die Förderung nicht mehr nach Unterrichtsstunden sondern nach Schülerzahlen bemessen wird, ist oft kein Einzelunterricht möglich, was der Qualität nicht förderlich ist. Aber im Wahlprogramm beider Parteien wird die Bedeutung musischer Bildung gepriesen. Die Linke will gar die Fördersumme auf fünf Millionen Euro steigern. Warum wird dann drei Monate vor der Wahl für ein Gesetz gestimmt, das die Förderung auf unzureichende 2,6 Millionen Euro taxiert? Dann hätte man ja ein wohlklingendes Wahlversprechen weniger gehabt.